

Antrag

SPD-Gemeinderatsfraktion

vom: 10.02.2006
eingegangen: 10.02.2006**22. Sitzung des Gemeinderates am 28.03.2006**

TOP 20

Vorlage Nr. 626

Öffentlich Nichtöffentlich

verantwortlich Dez. 4

Erhalt der Sparkassen-Informatik in Karlsruhe

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Der Betriebsrat hat den Oberbürgermeister um Unterstützung ersucht, was auch zugesagt wurde und im Rahmen von direkten Kontakten mit dem Präsidenten des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg erfolgt.

Der Gemeinderat wird über die Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten.

Finanzielle Auswirkungen

nein ja

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeinsparungen)

Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition:

Ergänzende Erläuterungen:

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)

nein ja

durchgeführt am

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften

nein ja

abgestimmt mit

Formatänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig!

Stadt Karlsruhe – Hauptamt: Stellungnahme des BMA – Antrag
Fassung: JAN 2006; Intranet RHIN; Formulare/Gemeinderat

Mit der Firma Sparkassen-Informatik wurden von Seiten der Wirtschaftsförderung und von Seiten der Verwaltungsspitze in den vergangenen Jahren immer wieder Gespräche geführt.

Die Sparkassen-Informatik ist aus der Zusammenführung der Rechenzentren der Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland, Westfalen, Hessen sowie Rheinland-Pfalz im Jahre 2001 entstanden. Das Rechenzentrum ist mit sieben Standorten u. a. in Karlsruhe gestartet. Die Beteiligten haben seinerzeit festgelegt, dem fusionierten Rechenzentrum eine Standortgarantie bis Ende 2006 für die bisherigen Standorte zu geben und weiterhin betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2011 auszuschließen.

Noch im Jahr 2003 wurde davon ausgegangen, dass der Standort Karlsruhe aufgrund der Software-Entwicklung, die sehr von der Nähe zur Informatikfakultät der Universität profitiert, nicht in Gefahr sei. Im Gegenteil, es wurde an eine Erweiterung auf den freien Grundstücksflächen gedacht. Allerdings wurden diese Erweiterungen nicht errichtet.

Für eine solche Erweiterung hatte sich auch der Betriebsrat immer wieder eingesetzt und die Verwaltungsspitze der Stadt hat ihn darin unterstützt.

Ende Januar teilte der Betriebsrat bei einer Besprechung beim Oberbürgermeister seine Sorge um den Erhalt des Standortes Karlsruhe mit. Nach Meinung des Betriebsrats beinhaltet die Vereinbarung (Standortgarantie bis Ende 2006 und Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen bis Ende 2011) quasi eine Standortgarantie bis Ende 2011.

Die Sparkassen stehen zunehmend mit Banken im Wettbewerb, die bei ihren Geschäftsmodellen weniger Kosten und geringere Risiken aufweisen (z. B. Autobanken, Direktbanken). Aufgrund ihrer Struktur weisen die Sparkassen zwangsläufig zusätzliche Kosten auf, die mit ihrem öffentlichen Auftrag zur Kreditgewährung an die mittelständische Wirtschaft und dem umfassenden Filialnetz zur Geldversorgung der breiten Bevölkerung zusammenhängen. Vor diesem Hintergrund und zur Einsparung von Kosten im IT-Bereich wurde seinerzeit die Fusion der Rechenzentren angegangen.

Deshalb wird innerhalb der Sparkassen-Informatik nach Möglichkeiten gesucht, um die bei der Fusion erwarteten Synergien auch tatsächlich zu heben. Dabei spielt die Frage von sieben Standorten ebenso eine Rolle wie die Frage der Mitarbeiterkapazitätsausstattung. Nach hier vorliegenden Informationen gibt es aber noch keinerlei Beschlüsse oder entsprechende Festlegungen hinsichtlich einer Standortkonzentration. Vielmehr hat der Aufsichtsrat der Sparkassen-Informatik einen Auftrag an die Geschäftsleitung erteilt, die Standortthematik zu untersuchen. Letztendlich werden neben der betriebswirtschaftlichen Sicht auch die standortpolitische Entscheidung durch die Gremien der Sparkassen-Informatik zu treffen sein. Insoweit ist ein Appell an die Landesregierung wenig zielführend.

Der Betriebsrat hat den Oberbürgermeister um Unterstützung ersucht, was auch zugesagt wurde und im Rahmen von direkten Kontakten mit dem Präsidenten des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg erfolgt.

Der Gemeinderat wird über die Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten.